

Pressemitteilung zur Aprilsession des Landrats

Nein zu Papiertiger | Ja zu Mitsprache bei Kunst am Bau

Die Fraktion der SVP Uri nimmt Stellung zu zwei Geschäften der April-Session des Urner Landrats.

Die Parlamentarischen Empfehlung „*Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor*“ verlangt dessen Unterzeichnung mit welcher die Lohngleichheit gefördert werden soll.

Der Regierungsrat unterstützt dieses Ansinnen obwohl er im Bericht ausführlich darlegt, dass der Kanton die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau bereits vollumfänglich erfüllt.

Das Anliegen der Lohngleichheit von Frau und Mann unterstützt die SVP Uri selbstverständlich. Was soll aber eine Charta zur Sensibilisierung wenn die Lohngleichheit bereits erfüllt ist? Nichts! Sie bringt nur Kosten für Überprüfungen, Kontrollmechanismen und Monitoring. Die SVP-Fraktion wird im Landrat diesen Papiertiger klar ablehnen.

Mit der Motion „*Kunst- und Kulturförderung sowie massvolle Beiträge für «Kunst am Bau»*“ tat sich die Fraktion schwerer. Sie verlangt eine rechtliche Grundlage für die allgemeine Kunst- und Kulturförderung. Die Fraktion der SVP ist der Meinung, dass grundsätzlich die Architektur überzeugen soll und somit „Kunst am Bau“ in der Regel reiner Luxus ist.

Mit der verlangten Ausarbeitung einer rechtlichen Grundlage besteht nun die Gefahr, dass die „Kunst am Bau“ mit Mindestbeträgen Pflicht wird. Die SVP tritt aber vehement gegen einen solchen Zwang ein.

Stand Heute sind bei öffentlichen Projekten die Kosten für „Kunst am Bau“ bereits im Projekt integriert und der Landrat hat keine Möglichkeit diese jeweils zu thematisieren und über den Betrag zu entscheiden. Mit der Ausarbeitung einer rechtlichen Grundlage durch den Regierungsrat soll dies ermöglicht werden. Der Landrat soll über den finanziellen Anteil für „Kunst am Bau“ jeweils je Projekt entscheiden können.

Die SVP Fraktion unterstützt daher die Ausarbeitung einer rechtlichen Grundlage im Sinne dieser Ausführungen.